

Investitionssumme beträgt 131 Millionen Euro • 700.000 Euro Minus pro Jahr

Brückenschlag über Kalkkögel:

120 Millionen Euro soll der Skigebiets-Zusammenschluss über die Kalkkögel samt den fälligen Erneuerungen in den Skigebietern kosten. Derzeit produzieren diese trotz öffentlicher Zuschüsse 2 Mill. Euro Abgang pro Jahr. Doch auch der als große Lösung propagierte Brückenschlag ist mit 700.000 Euro pro Jahr defizitär.

Brückenschlag ja oder nein? Naturschutzgesetz ändern oder nicht? Um diese Fragen kreist derzeit die Debatte um den „Brückenschlag“, also die Verbindung vom Stubaital und Axamer Lizum über die Kalkkögel. Dabei ist die Frage, ob die Unternehmung überhaupt rentabel ist, etwas in den Hintergrund getreten. Ein

biete: 25 Mill. in die Axamer Lizum, 4 Mill. in die Muttereralp und 25 in den Patscherkofel. Die knapp 11 Millionen, die Innsbruck für den Kauf des Olympiaberges ausgegeben hat, sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen somit 131 Millionen Euro.

Mit dem geplanten Finanzierungsmodell UND der vorgesehenen Beteiligung der öffentlichen Hand könne das neue Großraumskigebiet zwar selbsttragend betrieben werden, schreibt Studienautor Roland Zegg, aber wer die Abgänge trägt, bleibt offen. Genauso, wie der Finanzierungsschlüssel aussieht, wie viel also die öffentliche Hand die Investitionen mitfinanziert. Unbegrenzt mitzahlen wird nicht möglich sein wegen drohender Wettbewerbsverzerrung.

Finanzierungsplan bis dato im Dunkeln

„Es gibt ein fertiges Finanzierungsmodell, das das Beihilfenrecht berücksichtigt“, erklärte TVB-Obmann Karl Gostner. Die Fusion zwischen Schlick und Lizum sei die einzige Variante, die für private Investoren interessant sei, sagte BM Christine Oppitz-Plörer. So interessant allerdings auch wieder nicht: Heinrich Klier, der Stubai Seilbahnpionier schlechthin, hat sich als Gegner positioniert – trotz eifrigsten Liebeswerbens vom Tourismusverband Innsbruck. Warum sollte er dem auch nachgeben: Klar ist, dass die neue Verbindung Skifahrer aus anderen Gebieten, auch aus dem Stubai Gletscher, abzieht.

Morgen: Der weltweite Markt für Skisport ist gesättigt – sagt grischconsulta.

VON PHILIPP NEUNER

Blick in die Bergbahnstube von grischconsulta zeigt es eindeutig: Sie ist es nicht. Sie ist nur jene von drei möglichen Varianten, die am wenigsten Abgänge produziert: 700.000 Euro pro Jahr im Vergleich zu 2 bis 3 Millionen. Dazu müssten vorher aber 64 Millionen sofort investiert werden in die neue Verbindung über die geschützten Kalkkögel und weitere 54 Millionen in den nächsten 10 Jahren in die Erneuerung der Skige-

sind fix einkalkuliert • Finanzierungsplan noch im Dunkeln

Wer zahlt die Abgänge?



Die Dolomiten Nordtirols, überspannt mit einer Seilbahn: Das gefällt den Naturschützern gar nicht.

„Brückenschlag unausgegoren, lückenhaft, rechtswidrig“: Initiative Pro Kalkkögel: Landtag darf sich nicht erpressen lassen

Der hohe Anteil an Steuern und Abgaben und der offen angesprochene Verdrängungswettbewerb auf Kosten umliegender Tourismusgebiete sorgen bei der Initiative Pro Kalkkögel für Unmut. Die Landespolitik dürfe sich nicht erpressen lassen. Fritz Gurgiser spricht gar von steuerlich gefördertem Kannibalismus unter Gemeinden.

Es könne nicht im Landesinteresse gelegen sein, ein Projekt zu unterstützen, das Gästeverlagerungsszenarien fördert. Die Landespolitiker seien aufgefordert, öffentliche Gelder für leistbare Naherholung in Innsbruck und den umliegenden Gemeinden effizient und qualitätsorientiert einzusetzen und sind gut beraten, diesen geplanten ruinösen Wettbewerb nicht mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, sondern Arbeits-

plätze in allen Branchen gezielt zu erhalten, nicht nur im Tourismus. Das Projekt Brückenschlag sei unausgegoren, lückenhaft und rechtswidrig, die Finanzierungswünsche „Malen nach Zahlen“. Transitbekämpfer Fritz Gurgiser freut sich über das SPÖ-Nein zum Brückenschlag: „Es ist nicht mehr zeitgemäß, mit Steuergeld und Zwangsabgaben rechtswidrige Projekte zu finanzieren, die in Folge wiederum mit öffentlichen Geld

‚beworben‘ werden müssten, um damit einen steuerlich geförderten Kannibalismus unter den bestehenden Tourismusgemeinden auszulösen, von denen Gäste abgeworben und zentralistisch verlagert werden müssten. Um dann vielleicht zum dritten Mal wieder Steuergeld einzufordern, um den ländlichen Raum zu unterstützen.“

Tirolerisch
macht Urlaub
VON FRAN